

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **63 (1983)**

Heft 3

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verteilung des Gutes «Arbeit»

Spätestens seit der Französischen Revolution ist das Schlagwort von der gerechten Verteilung der Güter dieser Erde zu einer zugkräftigen Parole der politischen Entwicklung geworden – wobei «gerecht» sehr häufig interpretiert wird im Sinne von «gleichmässiger». Das ist durchaus verständlich, wenn das Interesse der Unterprivilegierten ins Auge gefasst wird, die sich von einer Realisierung ihres Postulats eine Besserung ihrer Lage versprechen.

Die Grundidee

Die «Fundamentaldemokratisierung», die das Geschehen zumindest im Westen wesentlich prägte und einer Tendenz zum Egalitarismus gleichkam, bezog sich im ökonomischen Bereich in erster Linie auf die Einkommen; sie gab Anlass zur Einführung des Progressionsprinzips und jener Redistribution, die in der jüngeren Vergangenheit dazu führte, dass die «Transferausgaben» des Staates überdurchschnittlich stiegen. Sie bezog sich indessen auch auf die Vermögensverteilung und natürlich nicht zuletzt auf die Streuung der politischen Macht. Das Monopol von «Besitz und Bildung» sollte abgebaut und an seine Stelle die Chancengleichheit gesetzt werden.

Heute, in einer Epoche mit weit-

verbreiteter Unterbeschäftigung, gehen die Begehren vielfach noch einen Schritt weiter. Sie erstrecken sich auch darauf, dass das knapp gewordene «verfügbare Arbeitsquantum» gleichmässiger unter die zahlreichen «Anspruchsberechtigten» aufzuteilen sei. Es gehe nicht an, in der Gegenwart eine «Zweiklassen-Gesellschaft» zu dulden, gegen die sich bereits Marx mit aller Vehemenz wandte. Da stünden auf der einen Seite die Bevorrechteten, die einer regulären Erwerbstätigkeit nachgehen dürften und denen ein selbsterworbenes Einkommen zuflüsse. Draussen vor dem Tor dagegen drängten sich die Unglücklichen, denen es versagt sei, am Produktionsprozess mitzuwirken. Ihnen werde zwar von der Gesellschaft gnädig ein Almosen zugesprochen, so dass sie wenigstens nicht zu verhungern oder materielle Not zu leiden brauchten.

Dennoch: am Tatbestand der Klassenspaltung innerhalb der Gruppe der Erwerbsfähigen und Erwerbwilligen sei nicht zu zweifeln. Von «égalité» oder gar von «fraternité» könne unter solchen Umständen indessen nicht zu reden sein. Während in Mangelzeiten wie im Kriege ein Rationierungssystem eingeführt würde, das Gewähr dafür biete, dass alle zu ihrem Recht kämen, biete der Arbeitsmarkt noch stets ein Bild krassester Ungerechtigkeit. Dabei handle es sich doch beim «Arbeitendürfen» sozu-

sagen um ein menschliches Grundrecht. Jedenfalls würden die Heranwachsenden ausdrücklich zur Arbeit erzogen. Bleibe ihnen jedoch die Möglichkeit versagt, ihr erworbenes Wissen und Können auszuwerten, so gehe allmählich nicht nur diese Investition in «Humankapital» verloren, sondern ausserdem jegliches Arbeitsethos.

Da aber Arbeit und Beruf in der westlichen Gesellschaft noch stets zentrale statusbestimmende Merkmale darstellten, büssten die zur Beschäftigungslosigkeit Verurteilten nicht nur alle Fremdachtung ein, sondern mit der Zeit auch die Selbstachtung. Es komme bei ihnen fast unweigerlich zu Zwistigkeiten in der Familie und zu einer Verringerung der Lebensqualität, die weit über eine allfällige Einbusse beim Einkommen und beim Lebensstandard hinausgehe. In dieser Betrachtungsweise wird die Arbeitsgelegenheit offenkundig zu einem hoch bewerteten Gut.

Gleichzeitig geht man von der Modellvorstellung aus, es handle sich bei der Gesamtzahl der zu leistenden Arbeitsstunden um eine gegebene Grösse – z. B. 50 000 pro Arbeitsleben, 2000 oder 1500 pro Jahr und 40 oder 35 pro Woche. Diese Summe müsse auf dem Wege über eine Arbeitszeitverkürzung gleichmässiger auf die Begünstigten und die Benachteiligten aufgeteilt werden, damit nicht die einen alles und die andern gar nichts davon hätten.

Es leuchtet ein, dass dieser Gedanke eine ungeheure Anziehungskraft ausübt in einer geschichtlichen Periode, in der die Fundamentaldemokratisierung aller Lebensbereiche noch nicht am Ende ihres Pendelschwungs angelangt ist. Er wird überdies unter-

stützt durch Gerechtigkeitsvorstellungen, wie sie etwa der Amerikaner Rawls mit seinem berühmten «Differenzprinzip» vertritt: Danach ist alles gerecht, was den Ärmsten hilft – selbst wenn es noch mehr Ungleichheit mit sich bringen sollte. Denn zählen die Arbeitslosen nicht wenigstens in bezug auf ihr «psychisches Einkommen» zu den Ärmsten?

Hindernisse

Neu an der wiedergegebenen Verteilungsproblematik ist nun der Umstand, dass nicht nur den «Reichen» oder den «Mächtigen» Verzichte zugemutet werden, sondern einer grossen Gruppe von Werktätigen oder Lohnabhängigen, die nach verbreiteter Auffassung nicht zu den Privilegierten gerechnet werden. Es ist eben nicht mehr Einkommen oder Vermögen, Macht oder Einfluss, die als erstrebenswert angesehen werden, sondern ein mehr oder minder gesicherter Arbeitsplatz. Und es ist nicht eine Minderheit, die von der Mehrheit auf Grund demokratischer Spielregeln im politischen Prozess zu Zwangsabgaben veranlasst werden kann, sondern es geht um die «breite Masse» der Beschäftigten, die Konzessionen zu machen hätte.

Es ist daher kein Wunder, dass die Realisierung Schwierigkeiten bereitet. Gewiss: die Gewerkschaften als die Interessenvertreter der Arbeitnehmer sind stets bereit, Arbeitszeitverkürzungen zuzustimmen oder sie zu fordern – unter der Voraussetzung, dass die Löhne für die Beteiligten unverändert bleiben. Müsste dagegen bei einer Reduktion der Arbeitszeit um 10 % auch

die Lohnsumme um 10 % abgebaut werden, so regt sich der Widerstand. Das Besitzstandsdenken wird wach. Was man einmal erreicht hat, möchte man nicht mehr preisgeben. Insofern verhalten sich die Beschäftigten nicht anders als alle andern Gruppen, die sich materielle oder sonstige Vorteile zu erkämpfen wussten.

Insbesondere hat sich in einzelnen Ländern gezeigt, dass manche Gewerkschaften – die ihrer Natur nach bereits Forderungsorganisationen sind – in erster Linie die Interessen ihrer Mitglieder (und damit zumeist der Beschäftigten) im Auge haben, nicht aber jene der Entlassenen. Hierbei kann es nun in der skizzierten Zweiklassen-Gesellschaft zu regelrechten Zielkonflikten kommen. Um keine Empfindlichkeiten hervorzurufen, mögen sie am Beispiel der Verhältnisse in zahlreichen Entwicklungsländern illustriert werden.

Hier ist es wohlbekannt, dass es eine Art von «Arbeiteraristokratie» gibt, von Leuten nämlich, die über einen gesicherten Arbeitsplatz im sekundären Sektor verfügen und sich eines weit höheren Lebensstandards erfreuen als ihre arbeitssuchenden Kollegen, die sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser zu halten versuchen. Gleichwohl sind die Eingesessenen keineswegs gewillt, einen Beitrag zur Hebung des Beschäftigungsgrades zu leisten. Mit grösstem Nachdruck setzen sie vielmehr die Macht der Gewerkschaften dafür ein, die Arbeitsmärkte gegen Eindringlinge zu schliessen, die vereinbarten Lohnsätze relativ hoch zu halten und Unterbietungen zu verhindern. Gewöhnlich wird auch der Einfluss auf den Staat mobilisiert, der dafür sorgen soll, verbindliche

Mindestlöhne zu fixieren. Dass auf diese Weise alle jene von einer regulären Beschäftigung ferngehalten werden, deren wertmässiger Beitrag zum Produktionsergebnis niedriger ist als der Mindestlohn, kümmert die Begünstigten wenig, obwohl es sich bei den Benachteiligten um die Bedürftigsten handelt.

In einzelnen Industrieländern liegen die Dinge nicht allzu verschieden. Selbst die Internationale Arbeitsorganisation in Genf gelangte nämlich zum Schluss, dass nicht die Umverteilung von Arbeitsplätzen, sondern eine Senkung der Arbeitskosten geeignet wäre, die Vollbeschäftigung wieder herzustellen. Offenbar sind demnach die Lohnstückkosten unter der Einwirkung der Gewerkschaften «zu stark» gestiegen – zu stark im Verhältnis zur gleichzeitigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität, im Verhältnis zu den Kapitalkosten oder zu den für die Produkte erzielbaren Preisen. In der Tat ist die Überzeugung heute weit verbreitet, hier sei in zahlreichen Fällen eine wichtige Ursache für die Unterbeschäftigung zu erblicken und eine entsprechende Korrektur am Platze.

Diese Einsicht hat selbst in Gewerkschaftskreisen Fuss gefasst und da und dort die Bereitschaft gefördert, Reallohneinbussen hinzunehmen bzw. eine Arbeitszeitverkürzung selbst ohne Beibehaltung der bisherigen Löhne zu akzeptieren. Gehen wir daher für die folgenden Überlegungen einmal davon aus, das Gefühl der «fraternité» sei bei den Mitgliedern des «Arbeitnehmerestablishments» gegeben. Insbesondere sei man sich auch im klaren darüber, dass ein Freizeitplus von 10 % auch einen entsprechenden

«Lustgewinn» eintrage, der im Gegensatz zu einer Realeinkommensaufbesserung nicht versteuert zu werden brauche.

Kompromisslösungen ?

Natürlich wäre es erwünscht, wenn überall dort die effektive Arbeitszeit verringert würde, wo heute noch Überbelastungen zu verzeichnen sind, wo also etwa die «vaterlose Gesellschaft» Schäden verursacht sowohl für die «workaholics» wie für die betroffenen Familien und insbesondere die Kinder. Es ist ja kein Zufall, dass die Opposition gegen die Leistungsgesellschaft von Heranwachsenden getragen wird, die sich schwören, jene Fehler nicht zu begehen, die sie ihren Eltern vorwerfen.

Allein: wird man die eingefleischten und von ihrer Tätigkeit besessenen Manager dazu bringen, abzubauen und stärker zu delegieren? Lässt sich durch vorgeschriebene Arbeitszeitverkürzung etwas Wirksames unternehmen gegen jene Kumulation von Funktionen, die sich einzustellen pflegt bei besonders tüchtigen Männern, die sowohl in der Wirtschaft als auch im Militär und vielleicht sogar in der Politik auf höhere Stufen der Pyramide klettern? Besteht nicht selbst bei Unterbeschäftigung ein Mangel an besonders qualifizierten Führungskräften? Soll und kann ein Teil ihrer Verantwortung und ihrer Entscheide an weniger Qualifizierte übertragen werden? Lassen sich die selbständig Erwerbenden, die nachweisbar besonders lange Arbeitszeiten haben, durch rechtliche Vorschriften oder Kollektivverträge dazu bewegen, weniger zu leisten?

Daraus wird bereits deutlich, dass eine gleichmässige Verteilung des Arbeitsvolumens gerade dort am wenigsten durchsetzbar erscheint, wo sie vielleicht am ehesten am Platze wäre. Denn einen Selbständigen wird man nicht zu einem andern Verhalten zwingen können als er persönlich für angemessen hält. Und jenen, der in die Arbeit flüchtet, um weniger mit andern Problemen konfrontiert zu werden, wird man mit rechtlichen Massnahmen nicht aus seinen Schwierigkeiten zu erlösen vermögen. Auch der Ämterkumulation ist auf dem ange deuteten Wege nicht beizukommen, sei es, weil sie sich auf Grund aussergewöhnlicher Fähigkeiten der Betroffenen sozusagen von selbst ergibt, sei es, weil der Zudrang zu den betreffenden Positionen zu wünschen übrig lässt oder der Ehrgeiz der Mandatsträger fast unersättlich ist.

Klar wird aber auch, dass der Vorstellung, man könne ein bestimmtes Arbeitsquantum mehr oder minder nach Belieben auf mehr Leute verteilen, ein grundlegender Fehler inne wohnt. Es ist die stillschweigende Annahme, die zu leistende Arbeit sei von homogener Qualität, so dass ein Arbeitnehmer ohne weiteres imstande sei, den andern zu ersetzen.

Doch wie steht es in Wirklichkeit damit? Wird ein qualifizierter Vorarbeiter, Werkmeister, Ingenieur oder Manager gezwungen, weniger lange zu arbeiten als bisher, so werden deswegen nicht mehr Angelernte oder Ungelernte aus dem Reservoir der Arbeitslosen eingestellt. Ja, es könnte sich vielleicht sogar das Gegenteil ereignen, weil zwischen den oberen und den unteren Stufen der Hierarchie ein gewisses Ergänzungsverhältnis besteht.

Nun wissen wir aber zur Genüge, dass selbst bei ausgeprägter Unterbeschäftigung einzelne Sparten unter Mangel an Arbeitskräften leiden. Das sind beispielsweise jene, die sich in einer starken Expansionsphase befinden, wie die Informatik oder die Datenverarbeitung. Hier ist das Ausbildungssystem ganz einfach nicht in der Lage, genügend Nachwuchsleute bereitzustellen. Eine Umschulung von Freigesetzten ist bestimmt imstande, etwas zur Behebung der Knappheit beizutragen; sie stösst jedoch insofern auf Grenzen, als die Bildungsfähigkeit und der Umstellungswille mit zunehmendem Alter nachzulassen pflegen.

In ähnlicher Weise gibt es auch andere Berufe, in denen die Arbeitgeber darüber klagen, sie fänden trotz weitverbreiteter Arbeitslosigkeit nicht genügend Leute. Die Gründe sind hinlänglich bekannt: unregelmässige Arbeitszeiten, beträchtliche Unannehmlichkeiten, geringes Sozialprestige oder verhältnismässig niedrige Entschädigungen im Vergleich zu den ausgerichteten Arbeitslosenunterstützungen. Manche ziehen es möglicherweise vor, offiziell arbeitslos zu bleiben und Unterstützungen zu beziehen, gleichzeitig aber Nebenbeschäftigungen in der Untergrundwirtschaft anzunehmen, bei denen keine Sozialabzüge auf den Löhnen vereinbart werden und wo die Einkommen auch vor dem Fiskus verheimlicht werden.

Generell wird man festzuhalten haben, dass bei struktureller Arbeitslosigkeit das Rezept der Arbeitszeitverkürzung wenig auszurichten vermag. Wo also die Qualifikationen der Arbeitswilligen nicht übereinstimmen mit dem Anforderungsprofil auf der

Nachfrageseite, nützt eine Herabsetzung der durchschnittlichen Arbeitszeit praktisch nichts, weil die Ersetzbarkeit nicht gegeben ist. Nun ist aber hinlänglich bekannt, dass gerade in der Gegenwart technologisch bedingte Freisetzungen häufig sind und dass die davon Betroffenen sich nicht leicht wieder anderswo eingliedern lassen.

Selbstverschuldete Arbeitslosigkeit

Eine andere Ursache für die Entlassungen und insbesondere für das «Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen» ist darin zu erblicken, dass die Lohnstückkosten zu hoch geschraubt wurden, dass der Staat Minimallohne vorschreibt oder dass die Arbeitslosenunterstützungen zu nahe beim früheren Erwerbseinkommen festgesetzt sind. Eine Unterbietung der Beschäftigten durch die Arbeitslosen wird nicht zugelassen. Obwohl gemäss dem Verursacherprinzip in solchen Fällen eigentlich jene Arbeitnehmerorganisationen zur Rechenschaft gezogen werden müssten, die solche Regelungen durchgesetzt haben, geschieht dies in Wirklichkeit kaum. Statt dessen wird versucht, die Dichotomie innerhalb der arbeitenden Klasse zu verhüllen und den Interessengegensatz zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten herunterzuspielen.

Allerdings fällt es auch schwer, den «Verschuldungsanteil» quantitativ auch nur einigermaßen befriedigend zu ermitteln. Infolgedessen hat denn auch der Vorschlag nur geringe Erfolgsaussichten, die Gewerkschaften sollten jene Arbeitslosenunterstützun-

gen aus eigenen Mitteln finanzieren, bei denen die Entlassungen auf ihre eigene Lohnpolitik zurückzuführen seien. Immerhin muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass eine Arbeitszeitverkürzung um 10 % bei gleichzeitigem Lohnverzicht um denselben Prozentsatz im Prinzip den Arbeitgebern und damit ihrer Wettbewerbsfähigkeit einen Vorteil einträgt. Empirische Untersuchungen zeigen nämlich, dass in einem solchen Fall die Arbeitsergiebigkeit zu steigen pflegt, und zwar vielleicht um 5 %. Dies hat damit zu tun, dass der Ermüdungsgrad der «Randstunden» kleiner wird, dass die Ausschussquote zurückgeht, dass weniger Zeit durch Absenzen wegfällt, dass die Erholung – etwa durch zusätzliche Ferien – grösser wird, dass ein Teil der gewonnenen Freizeit für Weiterbildung verwendet wird usw.

Dennoch: zu beachten bleibt, dass Klein- und Mittelbetriebe trotz allem schwerlich in die Lage kommen, neues Personal einzustellen. Erst in Betrieben mit mehr als 20 bis 40 Beschäftigten scheint die Arbeitszeitverkürzung den gewünschten Effekt zu zeigen, weil erst unter diesen Umständen eine grössere Zahl von Personen mit glei-

cher Qualifikation gegeben ist. Aber selbst hier muss in Betracht gezogen werden, dass die kürzere Arbeitszeit bei den meisten Betriebsangehörigen ausgeglichen wird durch eine höhere Arbeitsintensität. Die angestellten Berechnungen, wonach bei einer zehnprozentigen Arbeitszeitreduktion auch eine Mehrnachfrage nach Arbeitskräften im gleichen Ausmasse zu erwarten sei, erweisen sich daher als völlig wirklichkeitsfremd.

Die darin zum Ausdruck kommende Denkweise ist aber schliesslich auch insofern gänzlich unrealistisch, als stets davon ausgegangen wird, das zu bewältigende Arbeitsvolumen stelle eine gegebene Grösse dar, an der sich nichts ändern lasse. In Tat und Wahrheit trifft dies überhaupt nicht zu. Dies geht schon daraus hervor, dass die Lohnhöhe einen entscheidenden Einfluss auf den Umfang der Arbeitsnachfrage ausübt. Ganz abgesehen davon ist es natürlich das Wachstum der Weltwirtschaft und die Entwicklung der Konjunktur, die von ausschlaggebender Bedeutung sind für den Arbeitsmarkt insbesondere in kleinen offenen Volkswirtschaften.

Emil Küng

François Mitterrand – das «Phänomen» und die Vorbilder

Am 18. Oktober des letzten Jahres starb in Frankreich Pierre Mendès-France, neben de Gaulle der prominenteste französische Staatsmann der letzten Jahrzehnte. Dieser Hinschied gab Anlass zu Betrachtungen über sein Wirken, zur Würdigung seiner Persön-

lichkeit, zu Vergleichen auch mit anderen Spitzenpolitikern, was deren Methoden, Überzeugungen und Leistungen betrifft. In solche Analysen musste naturgemäss auch das «Phänomen Mitterrand» einbezogen werden, dessen erstaunlicher Aufstieg zur

Macht vor zwei Jahren heute noch beeindruckt. Weitere Persönlichkeiten mochten zu berücksichtigen sein – es fügte sich, dass Edgar Faure, eine Prominenz der Vierten und der Fünften Republik, gerade mit der Veröffentlichung seiner Memoiren hervortrat und sich ebenfalls noch sinnvoll in diese Thematik einschaltete. In Frankreichs institutioneller Problematik wirkten in den letzten dreissig Jahren die verschiedensten Figuren mit den verschiedensten Methoden: eine diesbezügliche Sichtung ergibt ein Panorama von ungewöhnlichem Kolorit und Relief.

Ein Kontrastbild

Betrachtet man zunächst die «beiden Grossen», de Gaulle und Mendès-France, so zeigt sich vor allem ein Kontrastbild. Für Mendès-France drängt sich die Formel auf: «Er versuchte es ehrlich», während de Gaulle mit Raffinement und List vorging. Die Folge war, dass der eine «Sieben Monate und siebzehn Tage» («Sept mois et dix-sept jours» – Titel der in Buchform erschienenen, vermächtnisartigen Redensammlung von Mendès-France als Ministerpräsident. Editions Julliard, Paris 1955) an der Macht blieb, während der andere elf Jahre regierte. Beide hatten gegen die lähmenden, unstabilen Einrichtungen der Vierten Republik anzukämpfen. Mendès-France versuchte sie mühsam zu überspielen – de Gaulle vermochte sie in einem «permanenten Staatsstreich» vollkommen umzukrempeln. Pierre Mendès-France, schon 1955 aus den Regierungssphären ausgeschieden, blieb als Monument in der Landschaft stehen, als Symbol der Wahrheit, der

Ehrlichkeit, der rigorosen Kompromisslosigkeit – anspruchsvolle Qualitäten, die den Politiker nicht etwa hemmen, sondern ihm eklatanten Erfolg sichern sollten. Doch Frankreichs Politwelt ist ein hartes Pflaster, und Mendès-France' historisches Wirken wurde vor allem zum Achtungserfolg. Auf sein Grabmal gehört gleichsam die Inschrift gesetzt «Ehrlichkeit ist eine Zier», während die Fortsetzung dieser illusionslosen Redensart auf de Gaulle entfällt.

Wenn man so die beiden überragenden Figuren de Gaulle und Mendès-France an sich vorüberziehen sieht – was wird dann aus François Mitterrand, der die Politszene der Gegenwart beherrscht? Er gehört politisch ins gleiche Lager wie Mendès-France, dessen linksgerichtetes Engagement seit langem unzweideutig war. Für ihn und Mitterrand gelten also die gleichen politischen Vorzeichen. Und doch ist man versucht, Mitterrand eher de Gaulle zuzugesellen, wenn man auf Kriterien wie Raffinement und taktisches Geschick abstellt. Mitterrand kritisierte de Gaulles «machiavellistisches» Vorgehen, während de Gaulle ihn einst als «le florentin» bezeichnete – beiden scheinen gewisse Gemeinsamkeiten bewusst gewesen zu sein.

Mitterrands langer Marsch

Mitterrands langjähriger Feldzug zur Eroberung der Macht war ein Meisterstück, das eher mit de Gaulles «permanentem Staatsstreich» verwandt ist als mit dem Vorgehen eines Mendès-France. Zwar verletzte Mitterrand auf seinem «langen Marsch» keine institutionellen Regeln, während de Gaulle

mitunter vor illegalen Operationen nicht zurückschreckte. Doch die hier aufgezeigte Parallelität bezieht sich namentlich auf die taktische Raffinesse. Dazu gehört beispielsweise die von de Gaulle gern inszenierte «Vernebelung» (deren Wirksamkeit er schon in seinen militärtheoretischen Schriften der dreissiger Jahre beschrieb). In gewissem Sinn stand ihm Mitterrand nicht nach: dieser brachte es fertig, seinen politischen Eroberungszug durch eine monatelange öffentliche Diskussion und zwei Wahlkampagnen durchzusteuern, ohne in der heiklen Frage der kommunistischen Regierungsbeteiligung Klarheit zu schaffen. Bei solchen Parforceleistungen – und bei der ganzen Karriere Mitterrands seit 1971 – drängt sich jedenfalls die Feststellung auf: Mendès-France hätte es nicht gekonnt. Zudem wäre für ihn schon das Zusammengehen mit den Kommunisten unmöglich gewesen – aufgrund alter Vorbehalte und Ressentiments, die auf Gegenseitigkeit beruhten.

Das gleichgerichtete politische Engagement führte dann aber dazu, dass Mendès-France dem neugewählten Präsidenten Mitterrand zu Tränen gerührt gratulierte, als dieser am 21. Mai 1981 im Elysée seinen Amtsantritt feierte. Es gilt, bei dieser denkwürdigen Szene einen Augenblick zu verweilen. Während man von ihr vernahm oder sie am Fernsehen beobachtete, erinnerte man sich immerhin an Erklärungen von Mendès-France, in denen er noch vor kurzem die gelenden staatlichen Einrichtungen als undemokratisch bezeichnet hatte. Nun nahm Mitterrand mit entwaffnender Selbstverständlichkeit Einsitz in diese Institutionen – die er vordem auch

selber bekämpft hatte. Der grundsatztreue, rigorose Mendès-France schien nun aber dieser Inthronisation seine gewichtige moralische Bürgschaft zu verleihen. Hatte er seine Ansichten geändert? Keineswegs, nur hielt er mit diesen diskret zurück. In der Folge, und namentlich nach seinem Tod, wurden mehrere Äusserungen von ihm bekannt, die das Festhalten an seinen Anschauungen bezeugten. Insbesondere erachtete Mendès-France seit jeher die direkte Volkswahl des Staatspräsidenten für verfehlt, weil sie zu einer tiefen Spaltung des Landes in zwei Lager führt. Ebenso kritisch beurteilte er die Machtfülle des Staatsoberchefs, die sich «ohne Kontrolle und ohne Gegengewalt» entfaltet. «On n'est pas en démocratie», hatte er am 29. März 1981 (noch unter Giscard) erklärt, und diese Institutionen änderten sich nicht. Mendès-France mochte – trotz seiner angeborenen Skepsis – annehmen, dass Mitterrand bald einige Lockerungen vornehmen und einem weniger monarchistischen Stil huldigen werde. Als dies nicht der Fall war, verblieb er trotzdem in diskreter Zurückgezogenheit.

Die Haltung von Mendès-France ermöglichte und erleichterte es dem Linksregime, seinen Tod – mit all den Würdigungen und Nachrufen, die er auslöste – politisch auszuwerten. Das «Gewissen Frankreichs», das «Monument der Ehrlichkeit» erschien gleichsam als Garant für die nun waltende Staatsführung. Dies mochte sogar für die Wirtschaftspolitik gelten. Der mit Mendès-France eng verbundene Begriff der «rigueur», der klaren, straffen, extrem seriösen Wirtschaftsführung bedeutete einen unschätzbaren Qualitätslabel. Doch was Mitterrands

Wirtschaftspolitik – namentlich im ersten Jahr – kennzeichnete, war alles andere als «rigueur». So wurden denn auch Äusserungen Mendès-France' bekannt wie etwa «Miterrand riskiert das Fiasko», oder auch: «Der Sozialismus à la française – was das ist, weiss niemand genau.» Indes wurden solche Erklärungen gegenüber Vertrauensleuten gemacht und nahmen nie den Charakter vernehmbarer öffentlicher Mahnungen an. Denn längst hatte sich Mendès-France vorgenommen, nichts zu tun oder zu proklamieren, was Mitterrand in die Quere kommen könnte. Am wichtigsten erschien ihm, dass in Frankreich der Machtwechsel wieder möglich wurde, dass das Land aus seiner Erstarrung herauskam und einen «Sprung nach vorn» in Richtung des sozialen Ausgleichs tun konnte. Seine Haltung war letztlich von seinem grundsätzlichen Linksengagement bestimmt. Und doch: Es sollte sich erweisen, dass Mendès-France seiner stetigen Funktion als Mahner, seiner Cassandra-Rolle bis ans Ende treu blieb. Die letzte Nummer des von ihm veröffentlichten «Hausblatts», des nur noch sporadisch erscheinenden Bulletins «Courrier de la République», enthielt einen Artikel, der gegenüber Mitterrands Regierung äusserst kritisch getönt war. Er forderte für Frankreich «eine Regierung der Effizienz, nicht der Ideologie», ansonst sei «der Sozialismus im Bewusstsein der Franzosen verurteilt, und zwar für lange Zeit». Ferner enthielt er einen Hinweis auf den um Mitterrand herrschenden «Hofbetrieb, der Optimismus und Illusionen» verbreitet. Schliesslich empfahl er den einseitig literarisch gebildeten und der marxistischen Philosophie verpflichteten So-

zialisten «eine Studienreise nach Polen». Diese gleichsam postume Botschaft von Mendès-France wurde allerdings Gegenstand einer grossangelegten Unterschlagung durch die Medien und fast die ganze Presse. Gewiss hätte Mendès-France zu anderen Mitteln greifen können, um sich Gehör zu verschaffen: er tat es nicht. Indes hat er sich mit seiner letzten Publikation doch noch vorsorglich abgesichert – für die Nachwelt.

Präsidentialismus – kritisiert, übernommen

Was jedoch Mitterrand betrifft, so konnte sich seinerzeit jeder Demokrat mit ihm in schönster Harmonie fühlen, als er das Vorgehen de Gaulles und die Schaffung eines autoritären Führungssystems kritisierte. Gewiss, sein «Standardwerk» von 1964, «Le coup d'état permanent» (Editions Plon), ist polemischer Natur, doch wirkt es in der Argumentation fundiert. In seiner Anfechtung der de Gaulleschen Konzepte hatte Mitterrand ausser den Gaullisten die politischen Führungsschichten fast aller Lager hinter sich. Was andere auch empfanden, formulierte er etwas profiliert. Sarkastisch schrieb er zum Beispiel: «Es gibt in Frankreich Minister. Man flüstert sogar, es gebe noch einen Premierminister. Aber es gibt keine Regierung mehr. Der Präsident allein verfügt und entscheidet.» Auch stellte er den Vergleich an: «General de Gaulle brauchte zur Umwandlung der Fünften Republik in eine absolute Monarchie nicht mehr Zeit, als Napoleon benötigte, um aus dem Konsulat das Empire hervorgehen zu lassen.»

Wiederholt bezichtigte Mitterrand de Gaulle des Verfassungsbruchs. Insbesondere kriminalisierte er mit diesem Argument die Praxis des sogenannten «reservierten Sektors» und schrieb: «Le secteur réservé viole la constitution.» Mit diesem Sektor sind Kompetenzbereiche gemeint, die der Staatsoberhaupt in besonderem Mass für sich beansprucht, in denen er gleichsam über die Regierung hinwegregiert. Es handelt sich hauptsächlich um Verteidigungs- und Aussenpolitik, mit spezieller Berücksichtigung Afrikas.

Unter Mitterrand ist aber nichts von einem Verzicht auf diese Praxis festzustellen, eher im Gegenteil. Vor einigen Monaten übernahm der jetzige Präsident auch noch die persönliche Verantwortung für die Terrorbekämpfung. Sodann warf im vergangenen Dezember die «Cot-Affäre» ein bezeichnendes Licht auf die Kompetenzverhältnisse. Kooperationsminister Jean-Pierre Cot musste aus der Regierung ausscheiden, weil er in der Afrikapolitik mit den wirklich Befugten, nämlich mit Mitterrands Beamten- und Beraterstab im Elysée, in Konflikt geriet.

In diesem Zusammenhang erklärte Mitterrand am 18. Januar 1983: «Ich bin es, der die französische Aussenpolitik bestimmt, nicht meine Minister. Es ist indes meinen Ministern nicht untersagt, zu denken und eine Meinung zu haben (. . .) Es ist nicht vorstellbar, dass eine Politik ohne mein Einverständnis, genauer gesagt, ohne meinen Anstoss ins Werk gesetzt wird.»

Damit liegt wohl erstmals eine Erklärung eines französischen Staatsoberhauptes (Wahrer der Verfassung) vor,

die der Verfassung nicht nur dem Sinn nach, sondern wörtlich widerspricht. Denn Artikel 20 der Verfassung von 1958 lautet: «Die Regierung (nicht der Staatspräsident) bestimmt und leitet die Politik der Nation.» Der Sinn dieser Regel liegt darin, dass die Regierung samt ihrer Politik der Kontrolle des Parlaments unterstellt ist, was denn auch in Alinea 3 des gleichen Artikels festgehalten wird und einer Grundregel der parlamentarischen Demokratie entspricht. Freilich ist einzuräumen, dass Verfassungsartikel 20 praktisch kaum mehr anwendbar ist, seitdem der Präsident direkt vom Volk gewählt wird (Reform von 1962) und daher mit einem Programm in den Wahlkampf ziehen muss.

Im übrigen erregt dergleichen heute kaum irgendwelches Aufsehen. Auch vollzog sich Mitterrands Einsitznahme in die von de Gaulle geschaffenen Institutionen sozusagen kommentarlos. Lediglich bemerkte der daraufhin angesprochene, neue Präsident einmal: «Elles sont faites pour moi» – diese Institutionen passen ihm ausgezeichnet. Zweifellos macht er sich privatim etwas mehr Gedanken darüber. Wenn er einst in diesen Dingen so empfindlich und streitbar war, dann gewiss aus Sorge um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, das heisst im Bewusstsein der Gefahren, die jedes Abweichen von diesen Prinzipien mit sich bringt. Dies scheint nicht ganz aus seinem Sinn verschwunden zu sein. Denn er soll vor einiger Zeit dazu erklärt haben: «Die Institutionen der Fünften Republik waren vor mir gefährlich; sie werden nach mir wieder gefährlich sein.» – Ein Ausspruch, der, falls er verbürgt ist, in die Lehrbücher der

Staatswissenschaft einzugehen verdient . . .

Veteran Edgar Faure

De Gaulle, Mendès-France, Mitterrand – nach so krassen Gegensätzen, Spannungen und Kehrtwendungen mag sich ein starker Wunsch nach Ausgleich, Überbrückung und Entdramatisierung einstellen. Diesem vermag wie kein zweiter Edgar Faure entgegenzukommen, in dessen Veranlagung und Laufbahn Qualitäten wie Versöhnlichkeit und Anpassungsfähigkeit dominieren. Nichts ist dem Naturrell Edgar Faures – er schreibt es selber in seinen Memoiren – so zuwider wie erstarrte Stellungnahmen und dogmatische Konfrontationen. Ihn kennzeichnet eine atemraubende intellektuelle Virtuosität, er brilliert mit bestechenden Talenten auf den verschiedensten Gebieten und auf dem politischen Parkett mit einer bemerkenswerten Wendigkeit. Edgar Faure, heute 74jährig, stand seinerzeit mit Mendès-France in einem – mitunter getrüben – Freundschaftsverhältnis und folgte diesem 1955 als Ministerpräsident nach, nachdem er bereits 1952 einmal Regierungschef gewesen war. Edgar Faures Einstellung und Gehaben wirkten stets grunddemokratisch und den klassischen institutionellen Regeln verpflichtet – um so mehr Erstaunen erregte es, als er 1966 den Anschluss an den Gaullismus vollzog und in de Gaulles Regierung eintrat.

Doch Faures Laufbahn illustriert eben eine lange, stetige Entwicklung, wie er sie auch selber empfindet und darstellt: Die politischen Sitten haben sich geändert. Die de Gaulleschen Institutionen haben sich eingebürgert

und sind populär geworden. Sie entsprechen einer allgemeinen, auch international feststellbaren Tendenz zur Verpersönlichung der Staatsführungen. Das wirkt zum Teil einleuchtend, aber wird damit die ganze französische institutionelle Problematik ausgeräumt? In seinem Memoirenband brilliert Faure mit einer vollends erstaunlichen und faszinierenden Theorie. Mit Bezug auf de Gaulles «machiavellistisches» Vorgehen schreibt er, dass der General über eine Intuition verfügte, die es ihm erlaubte, die Entwicklung vorauszuahnen und sogar die intime Geistesverfassung der Mehrzahl der Franzosen zu erkennen, die diesen selbst nicht bewusst war. Nach dieser teils glaubhaften, teils schwindelerregenden Theorie ist auf politischem Gebiet alles möglich, vorausgesetzt, dass man sich von einer Welle getragen fühlt. Man sieht sich hier an Talleyrand erinnert, die historische Modellfigur des alle Umwälzungen überstehenden Anpassers, der in seinen Memoiren schrieb: «Ich habe nie ein Regime fallengelassen, ausser wenn ich Frankreich zum Komplizen hatte.»

Edgar Faure leistet jedoch zur institutionellen Thematik noch einen weiteren Beitrag. Er rehabilitiert in beträchtlichem Mass die vielgeschmähte Vierte Republik, die trotz notorischer Unstabilität ihre Leistungen aufzuweisen hat. Ja selbst jene Unstabilität konnte, wie Faure darlegt, ihre Vorteile haben. Bei den Kabinettskrisen war jeweils ein Neuanfang möglich; hoffnungslos zerredete, in die Sackgasse geratene Probleme konnten frisch angepackt werden. Immerhin waren die ständigen Ministerstürze eine Kalamität. Doch mit der These, dass damals zu wenig Stabilität

herrschte, aber gegenwärtig zu viel, steht Faure heute nicht allein.

Das von de Gaulle geschaffene System ermöglichte beinahe den Machtwechsel nicht mehr. Nun genießt die Linke dieselbe Stabilität. Doch wäre es nicht besser, auch das Linksregime wäre nicht allzu starr zementiert? Diese Frage griff Edgar Faure auf – diesmal nicht in seinen Memoiren, sondern in einem Zeitungsinterview vom 21. November 1982. Er würdigte dabei kritisch das bisherige Wirken der Mitterrand-Regierung und bemerkte: «Es geschah das, was (aufgrund der französischen Erfahrungen) bei einer sozialistischen Regierung nach einem halben oder nach anderthalb Jahren immer passiert: Man ist am Ende, die Kassen sind leer, der Staatshaushalt ist aus dem Gleichgewicht gebracht, das Vertrauen schwindet. In diesem Moment wird normalerweise die Regierung gewechselt und eine neue politische Kombination gewählt, um eine andere Politik zu betreiben. Die grosse Neuheit besteht darin, dass in der Fünften Republik das Sicherheitsventil der institutionellen Mechanismen fehlt – jene Sicherung, die jeweils durchbrannte und einen notwendigen Kurswechsel anzeigte. Daher muss heute eine andere Politik (Austerity seit Juni 1982) von den gleichen Leuten durchgeführt werden, so dass man den Wechsel weniger bemerkt.»

Man entnimmt diesen Ausführungen Faures die Diagnose, dass Mitterrands Regierung nach früheren Regeln im letzten Sommer gestürzt worden wäre, gleichsam aufgrund jener «historischen Gesetzmässigkeit», die den französischen Linksregimes – so namentlich dem «Cartel des gauches»

(1924–1926) und der «Volksfront» (1936–1938) – stets die gleiche Kurzlebigkeit zuzumessen scheint. Mitterrand verdankt also seine «historische Ausnahmestellung» ausgerechnet dem so verunglimpften de Gaulle. Seine Dauer ist institutionell gewährleistet. Die Opponenten sind ausgeschaltet und lernen nun die «Stabilität» von der andern Seite kennen. Es lassen sich bei ihnen übrigens zwei Einstellungen unterscheiden. Die einen bedauern jetzt im Grunde die Stabilität und möchten das Linksexperiment raschmöglichst abgebrochen wissen, doch gibt es andere, die finden, die Franzosen sollten den Sozialismus nur gründlich auskosten, um für lange davon geheilt zu sein.

Das ganze Schauspiel aber lässt den Betrachter reichlich perplex. Soll man nach einem solchen Anschauungsunterricht «vom Umgang mit Institutionen» strenge moralische Massstäbe anlegen oder die Fauresche Kulanz walten lassen? Was die französische Öffentlichkeit betrifft, so gilt für sie unbestreitbar die letztere Betrachtungsweise. Sie steht sogar unter dem Eindruck einer erfreulichen «Bewährung» der Institutionen selbst über den Machtwechsel hinweg. Der Staatschef, der «keiner Kontrolle untersteht», geriet wenigstens 1981 unter die «Volkskontrolle» und wurde weggewählt, was zweifellos dem Gefühl von «undemokratischen Zuständen» stark entgegenwirkt. Trotzdem gibt das herrschende System weiterhin zu unbequemen Fragen Anlass, es hat seine Pannen, birgt seine Risiken. Die institutionelle Problematik ist nicht überwunden und die Diskussion darüber keineswegs abgeschlossen.

Hans Ulrich Meier

Albanien – die späte Nation

Im April des letzten Jahres, beim Besuch in Tirana, traf man bei allen albanischen Gesprächspartnern auf eine offenbar abgestimmte «Einheitsmeinung»: Ministerpräsident Mehmet Schehu, fast 27 Jahre in diesem Amt tätig, habe in der Nacht zum 18. Dezember 1981, wie offiziell gemeldet, in einem Anfall nervöser Depression Selbstmord verübt. Da Selbstmord sowohl nach kommunistischen wie nach national-albanischen Kriterien schmachvoll sei, habe man für Schehu keine offiziellen Beisetzungsfeiern organisiert und auch keine Nachrufe veröffentlicht. Aus dem gleichen Grunde sei Schehu auch nicht in dem oberhalb der Stadt Tirana gelegenen Heldenfriedhof beigesetzt worden.

Schon damals nahmen skeptische westliche Beobachter diese Version nicht ernst. Sie taten gut daran. Knapp ein Jahr später, auf einer Wahlversammlung in Tirana am 10. November 1982, präsentierte Enver Hodscha seinen gewesenen Regierungschef plötzlich als «Agent der ausländischen Spionagezentren, vor allem des CIA und der UDB» (die jugoslawische Geheimpolizei). Gleichzeitig erfuhr man, dass sich um Schehu eine Gruppe von «Verschwörern geschart» habe. Wiederum etwas später, im Dezember 1982, kam ein neues Buch des unermüdlichen Bücherschreibers Enver Hodscha heraus: «Die Titoisten», eine Abrechnung mit den Jugoslawen. Nun erfuhr man es genauer. Mehmet Schehu musste offenbar sein Amt als Ministerpräsident Albaniens nur nebenamtlich ausgeübt haben. Im Hauptberuf war er für den «amerikanischen,

englischen, sowjetischen und jugoslawischen Geheimdienst» tätig. Der jugoslawische Geheimdienst hatte ihm Gift zur Ermordung von Enver Hodscha gegeben. Dieses Gift, so Autor Hodscha, spülte Schehu in jener Nacht zusammen mit seiner mitverschworenen Frau Fiqret das WC hinunter. Seine ganze Familie hatte Schehu in ein «Vipernnest des Verrates» verwandelt; sein ältester Sohn wollte die Tochter aus einer «feindlich gesinnten» Familie heiraten, sein jüngerer Sohn knüpfte in Schweden Agentenkontakte. Zu den Verschwörern gehörten zwei hohe Funktionäre, nach gewissen Berichten mit Schehu verwandt: Innenminister Fecor Schehu und Kriegsminister Kadri Hazbiu. Beide waren unmittelbar nach Schehus Tod abgelöst worden. Nun, so Hodscha, befinde sich der ganze Verschwörerklan im Gefängnis und warte auf seine Aburteilung. Früher noch war gemeldet worden, dass ein Landungsversuch «krimineller Elemente» an der Küste gescheitert sei.

27 Jahre Verrat

Bei der Lektüre dieser Kriminalgeschichten fällt auf, dass offenbar die Auseinandersetzungen in der albanischen Führungsspitze stark Klan-Charakter haben. Hodscha und seine Adlaten, darunter auch der jetzige Ministerpräsident Carçani, stammen in der Mehrzahl aus Südalbanien, noch genauer aus der Stadt Gjirokastrë (Argyrokastron). Schehu dagegen stammt aus Mittelalbanien und hatte

in den dort aufgestellten Partisanenverbänden seine Machtbasis. Aber wie war es möglich, dass ein Schehu 27 Jahre lang seine «verschwörerischen Tätigkeiten» tarnen konnte? Musste da nicht ein ernster Mangel an Wachsamkeit, wenn nicht mehr, vorliegen? Es gibt Leute, die meinen, die politischen Auseinandersetzungen um Mehmet Schehu hätten letzten Endes Strudel erzeugt, die auch Hodscha in den Abgrund ziehen könnten, zumal der Parteichef schon 75 Jahre alt und nicht bei bester Gesundheit ist. Die rhetorische Wildheit, mit der Hodscha seine letzten Auftritte gestaltete, wirkt forciert. Die Machtkämpfe schwelen offenbar weiter, denn seit dem Sommer werden ausländische Journalisten nicht mehr ins Land gelassen; die «kleine Öffnung», von der man noch im Frühjahr sprechen konnte, scheint, für den Moment wenigstens, suspendiert.

Damals aber, Ende März und Anfangs April, bei unserem Besuch, schien ganz Albanien von einem leichten Frühlingslüftchen erfasst zu sein. Wir reisten mit dem Flugzeug der rumänischen Luftfahrtgesellschaft «Tarom», das einmal in der Woche die einzige Verbindung zwischen Italien und Albanien herstellt. Der Empfang war überaus freundlich, wenn auch schon unmittelbar neben dem Flugplatz die massenhaft in den Boden eingelassenen kleinen Betonbunker der Landschaft das Gepräge zu geben schienen, neben den überall terrassierten Hügeln. Tirana ist landschaftlich reizvoll gelegen: Auf der einen Seite hohe Berge, aus denen sowohl kühles Wasser wie angenehm kühle Luft herabströmt, auf der andern Seite bewaldete Hügel und gegen Nordwesten hin

die Öffnung in die fruchtbare Ebene. Die italienischen Faschisten hatten in ihrer kurzen Okkupationszeit ein Grundquantum an Monumentalstraßen und Säulenkolonnaden (auch ein Fußballstadion) erstellt, auf dem das kommunistische Regime erfolgreich weiter bauen konnte; neuestens steht auch dem von den Italienern erbauten Hotel Dajti auf der andern Seite des Platzes ein erst vor kurzer Zeit erstelltes «Hotel Tirana» gegenüber. Noch zwei Ergänzungen um den weiten Hauptplatz von Tirana sind von Bedeutung: Zum Denkmal für Stalin hat sich 1968 ein Denkmal für den mittelalterlichen Nationalhelden Skenderbeg gesellt, und letztes Jahr wurde das in gefälligem, modernem Monumentalstil gebaute Geschichts- und Nationalmuseum eröffnet, das die albanische Geschichte von der fernen Vergangenheit bis zur Gegenwart aufrollt. Der Nationalismus, so hat man den Eindruck, hat im heutigen Albanien den gleichen Stellenwert wie der vielzitierte Marxismus-Leninismus, als dessen alleiniger Bannerträger sich Hodscha gerne sieht.

Selbstquarantäne

«Wir haben vielleicht einige Umwege, aber keine Abwege beschritten.» So sagt uns Prof. Alex Buda, der Präsident der Akademie der Wissenschaften. Er hat in Wien studiert, spricht perfekt deutsch und italienisch. Sein Büro ist das ehemalige Schlafzimmer des Königs Zogu in der von einem kleinen Park umgebenen alten Königsvilla. Die Folgen der «Umwege» lassen sich ermessen bei einem Besuch in den mechanischen Werkstätten «Enver Hodscha». Dieses Werk mit rund 5000

Arbeitern stellt praktisch nichts anderes als Ersatzteile her für die Traktoren und anderen motorisierten Fahrzeuge, die seit Kriegsende nach Albanien eingeführt wurden. Die Ersatzteile können nicht mehr vom Fabrikanten bezogen werden, weil sich Albanien entweder inzwischen mit dem Ursprungsland verkracht hat oder weil die Fahrzeuge so alt sind, dass die Ersatzteile original gar nicht mehr hergestellt werden.

So hatten die Sowjets nach dem Kriege nach Albanien einen Traktor zu liefern begonnen, den sie selber 1922 als amerikanische Lizenz gekauft hatten. Es kam der Bruch mit Moskau und die Zusammenarbeit mit den Chinesen. Die Chinesen hatten indessen ihrerseits von den Sowjets eine Lizenz für den Bau des Traktors von 1922 erhalten, bauten ihn weiter und lieferten ihn wieder nach Albanien. Nun liegen die Albaner auch mit China im Streit und haben gar keine andere Wahl, als die Ersatzteile für den Traktor selber zu bauen. Ähnliches auch im Textilkombinat von Berat: Die Chinesen lieferten Technologie, die sie ihrerseits von den Sowjets erworben hatten. Als China anfing, sich an moderner japanischer Technologie zu orientieren, lag es mit Tirana bereits im Streit. Die veralteten Maschinen des Kombines entwickeln einen fürchterlichen Lärm.

Der immer wieder neue Absturz in «Technologiefallen» aus politischen Gründen und die Selbstausschliessung von moderner Entwicklung auf weiten Gebieten hat offensichtlich in der albanischen Führung schon früher zu Konflikten geführt. Viele – nicht alle – der zahlreichen Säuberungsoffer, die Hodschas politischen Weg säumen, waren Funktionäre, die für eine ge-

wisse Öffnung Albaniens, zumindest in der Wirtschaft, eintraten. Etwa nach 1980 schien auch Hodscha eine beschränkte Notwendigkeit dafür zu erkennen. Er setzte indessen enge Grenzen, indem er erstens grundsätzlich die Annahme von ausländischen Krediten ausschloss und zweitens, nach dem Ende der Bindung an China, also ab 1975, den Aussenhandel Albaniens so diversifizierte, dass keine Schwerpunkte und damit auch keine engere technische Zusammenarbeit mehr entstehen konnten.

Da das Gesamtvolumen des albanischen Aussenhandels nur zwischen 800 und 900 Millionen Dollar pro Jahr beträgt – es gibt keine offizielle albanische Statistik darüber, aber ausländische Schätzungen in diesem Sinne wurden uns gegenüber in Tirana als einigermassen korrekt bestätigt –, sind die Anschaffungsmöglichkeiten mehr als beschränkt. Ungefähr 47 Prozent des Aussenhandels entfallen auf den Ostblock – auf die kleineren Oststaaten, da das Land mit der Sowjetunion, wie auch mit den Vereinigten Staaten, keinen Handel treiben will. Einen erstaunlich hohen Marktanteil hat die Tschechoslowakei, da deren etwas veraltete, aber noch aus soliden Zeiten stammende Technologie offenbar für albanische Verhältnisse passt und weil sie ausserdem Zahlungen im Clearing akzeptiert. Der grösste Handelspartner Albaniens ist indessen Jugoslawien (rund 130 Millionen Dollar Austauschvolumen pro Jahr), wobei Albanien den Jugoslawen unter anderem elektrischen Strom liefert. Grösster westlicher Partner ist das benachbarte Italien (rund 80 Millionen Dollar Austauschvolumen).

An sich würde Albanien, wenn es

nicht zum technischen Museum werden will, einen Technologiestoss dringend brauchen. Es hat den ausländischen Handelspartnern auch einiges anzubieten, kostbare Metalle, wie Chrom, Kupfer, Nickel, Aluminium, sowie Erdöl und Erdölprodukte, die gegenwärtig sogar den grössten Exportposten darstellen. Der Plan sieht vor, die Gewinnung der Metalle aus den Erzen möglichst im Lande vorzunehmen. Für die dafür nötigen Investitionen bewerben sich einige westliche Firmen. Aber nur etwa 400 Millionen Dollar Exporte pro Jahr lassen wenig Anschaffungen zu. In Elbasan liessen die Chinesen den Albanern ein Stahlwerk mit veralteter Technologie unfertig zurück. Es will nicht gelingen, das Objekt fertigzustellen.

Blick auf den Westen

Festzustehen scheint, dass Albanien die Perspektiven einer allfälligen Öffnung im Westen und nicht im Osten sucht. Es lässt sich im Lande nichts feststellen, was auf sowjetfreundliche Tendenzen im politischen Apparat schliessen liesse. Der Blick auch der Funktionäre geht Richtung Westen. Jeden Abend wird für die wohl eher in den höheren Rängen anzusiedelnden, noch nicht übermässig zahlreichen Fernsehteilnehmern in Tirana über einen Relaisender das «Telegiornale» der RAI aus Italien übertragen, dazu am Sonntag eine Stunde Sport. Nach Hodscha dürfte sich aus den Rängen der Distriktleiter und anderer höherer Kader eine relativ pragmatische Equipe durchsetzen, deren Aufgeschlossenheit gegenüber dem Westen ungefähr so mit den Befürch-

tungen um die eigene Machtstellung wetteifern würde, wie dies nach 1948 in Jugoslawien der Fall war. Als Exponent dieser Konstellation darf man vielleicht schon jetzt Ministerpräsident Carçani betrachten, der aus einer der Traditionsfamilien in Gjirokaster stammt und der perfekt italienisch spricht. Es versteht sich, dass Italien als dasjenige westliche Land, das die Albaner am besten kennen, wohl berufen sein wird, in Tirana in vielen Belangen als federführend für den ganzen Westen aufzutreten.

Nationwerdung

Neben den wirtschaftlichen Notwendigkeiten scheinen es vor allem nationale Bestrebungen zu sein, welche eine partielle Öffnung Albaniens gegenüber dem Westen trotz der gegenwärtigen Unterbrechung für die Zukunft wahrscheinlich macht. Die Albaner, die sich als Nachkommen der alten Illyrer betrachten und deren Sprache ein selbständiges Glied der indoeuropäischen Sprachfamilie bildet, haben sich erst spät zu einer Nation im modernen Sinne entwickelt. Das führte dazu, dass die Albaner im 19. Jahrhundert weniger in der türkischen Herrschaft ihr Problem sahen, als in den neu entstandenen christlichen Nationalstaaten auf dem Balkan und in deren «mikroimperialistischen» Tendenzen. Die «Liga von Prizren», die erste moderne politische gesamtalbanische Manifestation, wandte sich 1878 in ihrem Aufruf an den Berliner Kongress gegen das von Russland im Frieden von San Stefano entworfene neue «Gross-Bulgarien», das auch albanisches Siedlungsgebiet umfasst hätte. Das türki-

sche Reich bildete trotz aller Inkonvenienzen immer noch eine Garantie für den Zusammenhalt des albanischen Wohngebietes. Als «Zuspätgekommene» bei der Nationsbildung mussten die Albaner nach dem ersten Balkankrieg feststellen, dass ihr mit Mühe gebildeter eigener Staat nur etwa die Hälfte des albanischen Siedlungsgebietes innerhalb seiner Grenzen vereinigen konnte; den Rest teilten sich Serbien, Montenegro und Griechenland.

Serbien begründete seine Ansprüche auf den Kosovo damit, dass sich hier das Zentrum des mittelalterlichen serbischen Reiches befand, dem Zar Dušan (um 1350) seinen grössten Glanz gegeben hatte und das in der unglücklichen Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) um 1387 gegen die Türken unterging. Im Kosovo liegen grossartige serbische Baudenkmäler, wie die Klöster von Dečanj und Gračanica, sowie das alte serbische Patriarchat in Peć. Ausserdem steht fest, dass in den eigentlichen Kosovo erst vom 18. Jahrhundert an Albaner in grösserer Zahl einströmten. Heute machen die Serben und Montenegriner im Kosovo freilich nur noch knapp 15 Prozent der Bevölkerung aus.

Griechenland stellte sich kurzerhand auf den Standpunkt, dass alle Albaner orthodoxen Glaubens als Griechen zu betrachten seien. Dementsprechend forderte es im Epirus die Grenzen und in diesem Sinn gestaltete es seine Assimilationspolitik. 1944/45 wurden die letzten muslimischen Albaner aus dem Epirus nach Albanien ausgewiesen. Dafür leben in Südalbanien nach albanischen Angaben noch rund 45 000 Griechen, in zwei ungefähr gleich grossen Gruppen, die eine südlich von Gjirokaster, die zweite ge-

gen die Küste hin, südlich von Saranda. Wir konnten mit Vertretern der Albaniengriechen sprechen; sie behaupteten, alle Minderheitsrechte zu haben – ausser der Religion. In Himara, an der Küste, begegneten wir freilich auch Griechen, denen der Minderheitenstatus nicht eingeräumt wurde. Die Himarioten, so meinten unsere albanischen Begleiter, seien Albaner; nur ein Teil von ihnen habe zufällig griechisch gelernt.

«Kosovo»

Ende März 1981 brachen im jugoslawischen Kosovo, der eine autonome Region im Verband der Republik Serbien darstellt, jene Unruhen aus, die im Untergrund weiter schwelen und die im ganzen südlichen Balkan eine neue Lage geschaffen haben. Im Kosovo und im westlichen Mazedonien, auch in Montenegro, wohnt nicht eine albanische Minderheit, sondern der andere Teil der albanischen Nation, rund 1,8 Millionen gegen gut 2,5 Millionen in Albanien. Die Albaner sahen sich im alten Jugoslawien unterdrückt; sie reagierten damit, dass sie während des Zweiten Weltkrieges das von den albanischen Nationalisten unter italienischer und später deutscher Ägide realisierte «Gross-Albanien» mehrheitlich unterstützten. Der jugoslawische kommunistische Führer Vukmanović-Tempo gibt in seinen Memoiren offen zu, dass die Albaner in den jugoslawischen Gebieten sich damals national befreit fühlten und deshalb die kommunistischen Partisanen – anders als im eigentlichen Albanien – prinzipiell ablehnten. Die jugoslawischen Kommunisten vergalteten

ihnen dies bis 1966 durch eine neue, sehr brutal ausgeübte Unterdrückung. Erst nach dem Sturz Rankovićs konnte sich das albanische nationale Leben im Kosovo entfalten. Es zeigte sich bald, dass diese Entfaltung sich der Kontrolle der kommunistischen Funktionäre entzog.

Nicht, dass aus Albanien irredentistische Einflüsse in den Kosovo kamen. Diesbezügliche jugoslawische Behauptungen sind Zweckpropaganda. Der Kosovo und die westmazedonischen Gebiete um Dibra und Tetovo sind selbständige Zentren des albanischen Nationalgefühls; der albanische Nationalismus war hier sogar virulenter als im eigentlichen Albanien, weil die Kosovaren sich in ihrer Randlage besonders intensiv mit den feindlichen Nationalismen der Serben, Montenergriner und neuestens auch der Mazedonier auseinandersetzen hatten. Im Zweiten Weltkrieg spielten die Kosovaren in der Politik der nationalistischen Seite in Tirana eine grosse Rolle. Bei unserem Besuch in Albanien hörten wir immer wieder, die Kosovaren seien nationale «Puristen», auch was die Sprache anbelange, und die Führung Albanien sei immer ein wenig besorgt, was sie im Überschwang ihrer nationalen Gefühle tun würden.

Dazu kam ideologische und politische Besorgnis darüber, weil insbesondere nach 1966 die Albaner des Kosovo einen ganz anderen, mehr freiheitlichen Weg beschritten. Der individuelle Lebensstandard wurde mehr als der sogenannte kollektive gefördert, die wirtschaftliche Tätigkeit war allgemein freier, die Ausübung der Religion blieb gestattet und die Klans-Bindungen blieben mehr oder weniger intakt; ausserdem konnten die Alba-

ner des Kosovo ins Ausland reisen und mit ihrer Universität in Pristina hatten sie sich ein eigenes, relativ offen orientiertes kulturelles und nationales Zentrum geschaffen. Das Regime in Tirana drängte keineswegs nach übertriebenen Kontakten mit dem Kosovo; es hegte den Verdacht, gewisse Kreise in Belgrad würden die Kosovaren sozusagen dazu benützen, in Albanien selber Verwirrung zu stiften und den Bazillus der «Selbstverwaltung» zu übertragen. Man darf auf Grund zuverlässiger Informationen annehmen, dass Tito die Kosovaren zu Kontakten mit Albanien ermunterte, mit dem Zweck, das Regime Hodscha aufzuweichen.

Serbische Reaktionen

Das Regime Enver Hodscha konnte sich indessen der Frage Kosovo und damit der Frage der nationalen Einheit aller Albaner, kulturell oder direkt politisch, nicht entziehen. Daraus entstanden in Tirana zusätzliche Spannungen. Ein System wie das albanische, das einen kollektiv verstandenen Minimalstandard sicherstellt, individuellen Bedürfnissen vom Fahrrad an aufwärts negativ gegenübersteht und das ausserdem zu derart extremen Positionen gelangte wie zur Zerschlagung der Klans-Bindungen und zum Verbot religiöser Betätigung, muss Probleme haben, wenn es die «Brüderlichkeit» mit den Volksangehörigen jenseits der Grenzen manifestieren soll.

Den Kosovaren, besonders der jungen Generation, scheint es um die Frage der nationalen Einheit zu gehen. «Wir holen heute das nach, was die Serben im 19. Jahrhundert taten und

erreichten», so sagte uns im Kosovo ein Albaner. Jugoslawien hat nach 1966, und sogar schon vorher, den Kosovaren viele Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt. Es mag für Belgrad schmerzlich erscheinen, dass die Albaner des Kosovo die Vorteile ihrer Zugehörigkeit zu Jugoslawien der Sache der albanischen Einheit dienstbar machen. Unglücklicherweise hat das kommunistische Regime in Belgrad, das offenbar in dieser Frage stark den serbischen Einflüssen unterliegt, im Kosovo und in den übrigen albanisch bewohnten Gebieten in einer Weise reagiert, die von Geringschätzung gegenüber den Albanern als Nation zeugt, indem Persönlichkeiten wie Sken-derbeg oder Ereignisse wie die «Liga von Prizren» in offiziellen Publikationen verspottet und so weit wie möglich aus den abgeänderten Schulbüchern verbannt wurden. In Mazedonien und in Südserbien kann man heute von einer Atmosphäre der nationalen Verfolgung gegenüber den Albanern sprechen. Im Kosovo wird dies durch die ungebrochene politische Vorherrschaft des albanischen Elementes in der Region ein wenig gemildert, doch liegt auf den Behörden dieser Region starker Druck aus den Machtzentren der Republik Serbien. Alles in allem muss heute bezweifelt werden, ob die Albaner in Jugoslawien wirklich die nationalen Rechte genießen können, die ihnen die jugoslawische Verfassung einräumt. In andern Republiken, so in Slowenien, ist diese Tatsache offen zugegeben und moniert worden. Der polizeiliche und sogar militärische Druck, der heute auf den

albanischen Gebieten in Jugoslawien lastet, kann für den Moment äusserlich eine gewisse Ruhe garantieren, aber bestimmt keine langfristige Stabilität.

Die «albanische Frage», das heisst die Frage der Einheit der albanischen Nation, dürfte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein bestimmendes Element im südlichen Balkan bilden. Eine Lösung scheint schwierig, da Albaner und Serben historische Ansprüche auf die in Frage kommenden südjugoslawischen Gebiete erheben können. Vorläufig, solange Hodscha in Tirana regiert, dürfte im Kosovo offener Irredentismus nicht in Frage kommen; das gegenwärtige Regime in Tirana bietet nicht genügend Attraktion. Die Hochrufe auf Hodscha, die bei den Demonstrationen zu hören waren, dürften eher Trotzreaktionen entspringen. Die Frage der Religion spielt eine grosse Rolle, besonders bei den Katholiken. Hodscha muss sich ausserdem gegen den Vorwurf wehren, dass er während des Krieges gegenüber Tito die Frage Kosovo und damit das nationale Interesse der Albaner nicht besser zur Geltung brachte. Sein letztes Buch «Die Titoisten» enthält solche Rechtfertigungsversuche und vielleicht dient die Heftigkeit seiner letzten Attacken gegen Jugoslawien dem gleichen Rechtfertigungsbedürfnis. Nicht Hodscha, sondern ein relativ gemässigtes Regime in Tirana, das für alle Albaner einigermassen akzeptabel wäre, könnte die «albanische Frage» zu einem wirklich brisanten politischen Problem machen.

Viktor Meier

Die Suche nach der neuen Kultur

Nach einem Seminar des «Forum Helveticum»

Vereinzelt ist darüber in den Tageszeitungen berichtet worden, vereinzelt gab es Kommentare und Glossen zum Thema «Kopfzerbrechen über die Kulturinitiative» oder das «Schreckgespenst Kulturvogt», das im Lande umgehe. Das «Forum Helveticum» hatte zu einem Seminar über Fragen der Kultur und der Kulturpolitik nach Bern eingeladen. Konkreter Anlass dazu war die Kulturinitiative; das Vernehmlassungsverfahren darüber soll demnächst abgeschlossen sein. Die im «Forum Helveticum» zusammengeschlossenen Organisationen und Gesellschaften beteiligen sich daran, weshalb die Aussprache in den Gruppen und im Plenum des Seminars zugleich einen Einblick in den Stand der Diskussion erlaubte. Die Initianten und ihre Anhänger halten die Initiative für einen kühnen Entwurf und deklarieren allfällig geäußerte Bedenken als «Zaghaftigkeit». Das ist unklug und könnte der Sache selbst schaden.

Soviel ich feststellen konnte, waren die Teilnehmer des Seminars weitgehend einig darüber, dass die Initiative die kulturpolitische Debatte eher stärker angeregt habe als der Clottu-Bericht. Andererseits aber sind die Formulierung und die Stossrichtung der Initiative keineswegs unbestritten, aus guten Gründen, wie ich meine, und dies nicht etwa nur in Kreisen, die von einer kulturpolitischen Verpflichtung des Bundes konsequent abraten, sondern auch bei denen, die eine solche Verpflichtung

für unumgänglich halten. Die Ansichten über eine zweckmässige und sinnvolle Ergänzung der privaten, kommunalen und kantonalen kulturfördernden Massnahmen durch den Bund gehen noch weit auseinander. Daraus jedoch auf Desinteresse zu schliessen oder einmal mehr die bekannte Klage über den «Holzboden» anzustimmen, wäre grundsätzlich falsch. Die Aussprache in Bern, die unter der Leitung des «Forums»-Präsidenten *alt Bundesrat Hans Peter Tschudi* stand, hat deutlich gezeigt, wie verschieden die Interessen gelagert sind und wie verschiedenartig man sich Kulturförderung und Kulturpolitik vorstellt. Es wird wohl unerlässlich sein, zum Beispiel in einem Gegenvorschlag zur Initiative, den gemeinsamen Willen so zu formulieren, dass sich die Initianten und die grundsätzlichen Befürworter ihres Anliegens (nicht aber ihres konkreten Vorschlags) gemeinsam finden können.

Schliessung der Informationslücke

Man kann sich nur immer aufs neue wieder darüber wundern, wie leicht in Kulturdebatten die Rede geht von der «kulturellen Vielfalt», von der «Eigenständigkeit der kleinräumigen Einheiten», von den «Zentren», zu denen «Hinterland» oder «Einzugsgebiete» gehören. Dergleichen bleibt so lange unverbindliches Gerede, als keine hieb- und stichfesten Untersuchungen über die wirkliche Beschaffenheit der

Sachen vorliegen, von denen diese schönen Begriffe reden: über Strukturen, Verflechtungen, Ausstrahlungen, Aktivitäten und interessierte Teilnahme. Der Clottu-Bericht mit seinen Statistiken, Tabellen und Inkonsequenzen sagt darüber wenig aus. Untersuchungen an der Universität Zürich, die über die kulturellen Strukturen innerhalb der schweizerischen Landesgrenzen genauere Auskünfte erarbeitet haben, zeigen zum Beispiel klar, dass sich die lebendige kulturelle Gegenwart nicht an die politische Landkarte der Schweiz hält. Vermutlich ist das Bild, das im Rahmen eines Forschungsprojekts des Soziologischen Instituts entstanden ist, in seiner Aussage eher vereinfacht, auf «typische» Strukturen reduziert und daher noch nicht das exakte Abbild der von Jahr zu Jahr sich wandelnden kulturellen Strukturvielfalt, die jederzeit im Auge und im Bewusstsein haben müsste, wer auf Bundesebene Kulturpolitik formulieren und praktizieren möchte. Wir müssen von den Pauschalvorstellungen wegkommen; wir dürfen auch nicht einfach meinen, mehr Geld für Künstler sei schon eine fortschrittliche Massnahme.

Das *Bundesamt für Kulturpflege*, eine Abteilung des Departementes des Innern, wird die Ergebnisse des «Forum»-Seminars und mehr noch einzelne Diskussionsbeiträge zweifellos genau studieren, wenn es die Stellungnahme des Bundesrates zur Initiative entwirft. Für das Bundesamt referierte zur Eröffnung des Seminars *Christoph Reichenau*. Wenn man davon ausgeht, dass kulturelles Leben, Kreativität, Impuls und Animation so frei wie möglich sein müssen, von einzelnen ausgehend, getragen von freien

Gruppen, gefördert von privaten Mäzenen oder von Gemeinden, von Kantonen oder öffentlich-rechtlichen Stiftungen, wenn man ferner – als im ganzen wohl bewährtes Instrument eidgenössischer Kulturförderung – die Stiftung Pro Helvetia beim Ausbau ihrer Tätigkeit unterstützt, dann stellt sich die Frage, welches denn sinnvollerweise (und ohne die Gefahr von Doppelspurigkeiten) die konkreten Aufgaben des Bundesamtes für Kulturpflege sein können. Christoph Reichenau nannte die Erhaltung der Landessprachen, die Sorge um die ausgeglichene kulturelle Entwicklung in den verschiedenen Landesteilen, die Verbesserung des Klimas und der Schaffensbedingungen für Künstler und Schriftsteller, ferner Aktivitäten in der Kulturvermittlung und im Kulturaustausch, alle diese Tätigkeiten jedoch streng nach dem Grundsatz der Subsidiarität verstanden.

Diesen Zielsetzungen, gerade weil sie so allgemein gehalten sind, wird man ebenso zustimmen können wie dem von Reichenau betonten Grundsatz, dass vermehrte öffentliche Kulturförderung gerade nicht «mehr staatliche Kultur» bedeute, sondern ganz im Gegenteil die Individualität, die Vielfalt, die Selbständigkeit der einzelnen Beiträge zum Ganzen ermuntere und stärke. Das ist – gegenteiligen Behauptungen zum Trotz – eine beweisbare Tatsache. Aber wenn öffentliche Kulturförderung, zumal auf Bundesebene, in diesem die Einzelinitiativen ermunternden Sinne wirken will, muss sie aktuelle Übersicht gewinnen, Kenntnis der lebendigen und stets wechselnden Szene, der wechselnden Prioritäten. Sie darf um alles in der Welt nicht von landes-

üblichen Klischeevorstellungen ausgehen, und schon gar nicht darf sie sich von Prestigeansprüchen leiten oder täuschen lassen. Aber wer und was bewahrt sie am Ende davor? Dass auf dem Feld öffentlicher und besonders eidgenössischer Kulturförderung auch und nachhaltig am Werk ist, was man in wirtschaftlichen Zusammenhängen als Lobby bezeichnen würde, wird gewiss nicht in Abrede stellen wollen, wer die Mechanismen staatlicher Kulturpflege auch nur einigermaßen kennt. Die Warnung vor dem eidgenössischen «Kulturvogt», die in Diskussionen um die Kulturinitiative früher oder später aufs Tapet kommt, ist berechtigt, wenn man etwa der Meinung sein sollte, eine Bundesstelle entscheide eigenmächtig über die Verteilung von Kulturgeldern. Aber dergleichen wird im Ernst keiner wollen, dem die bessere Entfaltung der kulturellen Aktivitäten des Landes ein Anliegen ist. Auch auf diesem Feld aber gibt es Interessenkollisionen, und ungleich lange Spiesse gibt es auch. Wenn ein Bundesamt daher, mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet, für gerechten Ausgleich sorgen soll, muss es sich Überblick verschaffen, Kontakte und Vergleiche verfeinern, Zusammenhänge erforschen. Objektive Erhebungen über den Zustand und die Möglichkeiten verschieden strukturierter Regionen, über fehlenden oder vorhandenen Zusammenhang, über Eigenständigkeiten und Überlagerungen, die allerdings um einiges über das Inventar des Clottu-Berichts hinausgehen müssten, sind unerlässlich, und unerlässlich ist auch, dass derartige Erhebungen nie abgeschlossen sein dürften.

Es besteht meiner Meinung nach

noch eine beträchtliche Informationslücke hinsichtlich der kulturellen Situation in der Schweiz. Es bestehen Teilübersichten, vereinzelte Durchblicke und Querschnitte. Auch haben einzelne Verbände, ob sie nun die Interessen ihrer Mitglieder oder besondere ideelle Ziele verfolgen, zweifellos Kenntnisse und Übersicht über das Ganze. Zweifel sind jedoch geboten, wenn wir die Fragestellung verändern. Die Schwierigkeiten des Selbstverständnisses seit den Tagen der geistigen Landesverteidigung, seit der Verbreitung der Massenmedien und insbesondere des Fernsehens, seit dem Bau der Nationalstrassen und dem Boom der Reisen in alle Welt, haben Veränderungen im Kulturverhalten zur Folge, die offenbar noch nicht ins öffentliche Bewusstsein gedrungen sind. Die Veränderungen des Kulturverständnisses und die neuen Definitionen des Kulturbegriffs, wie sie der Europarat oder die UNESCO oder neuere Forschungen auf diesem Gebiet hervorgebracht haben, blieben bis jetzt noch weitgehend ohne Konsequenzen für die kulturpolitische Auseinandersetzung in unserem Lande und damit auch für neue kulturpolitische Massnahmen. Erstaunlicherweise, für mich ehrlich gestanden befremdlich, weist gerade auch der Text der Kulturinitiative auf ein Kulturverständnis, das vielleicht nicht geradezu konservativ, aber jedenfalls nicht gegenwartsnah und schon gar nicht fortschrittlich ist. Sonst nämlich müsste zuerst und vor allem gefordert werden, dass interdisziplinär und umfassend erforscht werde, wie es sich denn genau mit der «Vielfalt» und der «Eigenständigkeit», mit den «Zentren» und «Einzugsgebieten», wie ge-

nau mit dem «Zusammenhang» verhält: es sind Informationen, die uns erst einen Überblick und ein vertieftes Verständnis der kulturellen Situation des Landes erlauben. Das Bundesamt für Kulturpflege wäre hervorragend geeignet, die Schliessung dieser Informationslücke voranzutreiben und das zu koordinieren, was in dieser Hinsicht bereits geschieht. Man sollte ihm dazu den Auftrag und die Mittel geben.

Vielfalt und Mehrschichtigkeit

Vielleicht kann man nicht von Ergebnissen des «Forum»-Seminars sprechen, etwa gar von ausformulierten Thesen, die für die Kulturförderung unmittelbar wegleitend sein könnten. Aber deutlich kam in den Referaten, die über die Gruppenarbeit berichteten, wiederholt zum Ausdruck, dass einerseits die aktuelle Information über die Lage fehle und daher die permanente Erforschung des wechselnden Bildes lebendiger Kultur in der Schweiz unerlässlich sei. Andererseits waren aber auch – dies nicht nur in dem skizzenhaft dargebotenen Überblick über die Arbeit des Soziologischen Instituts der Universität Zürich über «*Schweizerische Gegenwartskultur zwischen Zentrum und Peripherie*» – die Vielfalt und die Mehrschichtigkeit des Kulturlebens in diesem Lande ein dominierendes Thema.

Nicht länger sollten wir dabei von herkömmlichen Begriffen und Vorstellungen ausgehen, etwa von «*Provinzialität*» oder von prestigehungrigen Postulaten nach der Unterscheidung einer «*überregionalen*» von einer bloss «*regionalen Kultur*». Ein

Teilnehmer aus dem Welschland warnte ausdrücklich vor jener «*anti-demokratischen Kultur*», die darauf aus ist, durch Senkung des Niveaus eine grösstmögliche Zahl von Menschen anzusprechen. Zwischen Regionen mit dichten Agglomerationen, wo ein reich ausgestattetes Angebot an kulturellen Aktivitäten und Darbietungen, an Bildungsmöglichkeiten, Kunst, Musik und Theater besteht, und den Regionen «*vorindustrieller*» Kultur, also in eher ländlichen Gebieten, in den Bergtälern zumal, besteht nicht lediglich der Unterschied zwischen reicher und ärmlischer kultureller Infrastruktur. Weltbild und Lebensgefühl, die Intensität der Teilnahme, die geprägte Form des Lebens in Familie und Dorfgemeinschaft stehen in diesen Regionen noch unbestritten als Kulturleistung im Vordergrund. Wer höher hinaus will, mag sich daran stossen. Aber wir sollten vielleicht doch lernen, die allzuoft und klischeehaft beklagte «*Engnis*» der Schweiz nicht bloss als Hindernis für kulturelle Entfaltung und als Verhinderung von «*Grösse*», sondern exakt als Bedingung zu verstehen, die ihre kulturelle Funktion und ihre durchaus anregende, fruchtbare und für unser Land charakteristische Wirkung hat. Die Originalität und die Identität schweizerischen Kulturlebens erwachsen aus dem Widerspiel und aus dem Zusammenhang der vielfältigen Strukturen, aus dem Ineinandewirken von bäuerlicher Herkunft, also der Verbundenheit mit Dorf und Tal, und einer vergleichsweise grossstädtischen Mobilität. Nicht das eine oder das andere ist unsere kulturelle Gegenwart, sondern die spannungsvolle, unendlich differenzierte und stets sich

wandelnde Resultate daraus. Kulturpflege und Kulturförderung in unserem Lande können nicht darin bestehen, einfach «Spitzenleistungen» (nach einem erst noch zu überprüfenden internationalen Massstab) zu honorieren. Es geht um weit mehr: es geht um den Zusammenhang, um ein vielschichtiges und lebendiges Ganzes.

Wider den «Kulturvogt»

Hier schliesst, was allenfalls als Nachtrag zu den Berichten über die Tagung im Januar verstanden werden könnte. Es versteht sich, dass am Rande der in Gruppen und im Plenum gemäss Tagungsprogramm geführten Gespräche manches aufgegriffen wurde, was aus der die Teilnehmer gerade betreffenden Aktualität kam, zum Beispiel natürlich die Verweigerung einer literarischen Auszeichnung durch den Zürcher Regierungsrat entgegen dem Vorschlag seiner Literaturkommission. Ein Beispiel aus der Praxis der Kulturförderung also, wenn auch wahrlich kein rühmliches. Im Kanton Bern, wo zwar auch die Regierung für die Zusprechungen letztlich zuständig ist, wäre eine derartige Desavouierung der Fachkommission durch die politische Instanz offenbar nicht denkbar, und im Kanton Aargau gäbe es dafür schon gar keine gesetzliche Grundlage. Das Aargauer Kulturgesetz gibt dem unabhängigen Kuratorium die Kompetenz, im Rahmen eines jährlich neu festzulegenden Gesamtkredits völlig frei zu entscheiden und Auszahlungen anzuweisen, ohne dass die Regierung dagegen etwa ihr Veto einlegen könnte.

Dass die Kritiker der Kultur-

initiative, die vor dem «eidgenössischen Kulturvogt» warnend die Stimme erheben, genau die gleichen Leute sind, die sich eine in dieser Weise «staatsferne», also von politischen Ränken und Rücksichten abgeschirmte und freie Kulturförderung offenbar nicht vorstellen können, liegt auf der Hand. Es ginge jedoch gerade auch darum, Beweglichkeit, Mut zu Experimenten, Aufgeschlossenheit für das Neue und noch Ungewohnte nicht etwa auszuschliessen, wozu politisch verantwortliche Behörden vielleicht verpflichtet sind, sondern eben gerade auch das Ausgefallene, das von den grossen Mehrheiten nicht oder noch nicht Akzeptierte gewähren zu lassen und sogar zu begünstigen. Die schöpferische Vielfalt, die Eigenständigkeit, die innovative Neugier, auf die wir uns so gerne berufen, bedürfen dringend eines günstigeren Klimas und einer pauschal und grundsätzlich deklarierten, vom Staatswesen ausdrücklich gewollten Freiheit. Wenn wir bei der Ausgestaltung von Massnahmen zur Verbesserung der Kulturförderung auf Bundesebene von Anfang an dafür sorgen, dass es Massnahmen in diesem Sinne sein werden, brauchen wir uns vor dem «eidgenössischen Kulturvogt» nicht zu fürchten. Zu denken wäre eher an ein «Kulturparlament» oder einen «Kulturrat», an ein Forum jedenfalls, in welchem private und kommunale Institutionen mit kultureller Zielsetzung ihre Erfahrungen austauschen und ihre Wünsche formulieren könnten.

Das umstrittene «Kulturprozent»

Die Idee, jährlich ein Prozent des Bundeshaushalts für Kultur auszu-

geben, stammt nicht von den Initianten der Kulturinitiative. Es gibt derartige Festlegungen der Finanzierung kulturfördernder Massnahmen bereits seit über einem Jahrzehnt auf kantonaler und kommunaler Ebene. Das Aargauische Gesetz zur Förderung des kulturellen Lebens sieht vor, dass dafür ein Prozent der allgemeinen Staatssteuern aufgewendet werden kann. Bis jetzt ist diese im Gesetz verankerte Möglichkeit allerdings noch nie ausgeschöpft worden. Regierungsrat und Grosse Rat beschliessen in der Budget-Beratung, welcher Bruchteil eines Prozents für Kulturförderung zur Verfügung stehen soll, und in diesen Gesamtkredit haben sich Kuratorium und Denkmalpflege zu teilen. Etwas anders die Gemeinde Zurzach: sie verwendet tatsächlich ein Prozent ihrer Steuereinnahmen für kulturelle Zwecke. Ob es nun sehr glücklich sei, dass das «Kulturprozent» auch in der Kulturinitiative auftaucht, muss man bezweifeln. Denn anders als in den eben genannten Fällen, wo eine besondere Situation und eine längere vorbereitende Auseinandersetzung dieser Idee schliesslich Chancen gegeben hat, ist das «Kulturprozent» auf Bundesebene für viele ein schockierendes Novum und ein Fremdwort im finanzpolitischen Vokabular, eine Forderung also, die sozusagen automatisch den Widerstand auslöst. Die Initianten schaden ihren Zielen, wenn sie darauf beharren, und dies noch aus einem ganz anderen Grund.

Der Initiative ist nämlich nicht zu entnehmen, wie denn allenfalls höher dotierte Kulturkassen diesen Zielen zu dienen hätten. Der Initiativtext ist nicht nur – was an sich ja richtig wäre – sehr allgemein gehalten; er ist auch

merkwürdig konventionell. Von einem neuen Kulturbegriff, von einer Einsicht in die besonderen Bedingungen, unter denen Kulturförderung des Bundes in der kleinräumigen und kulturell vielschichtigen Schweiz in jedem Fall steht und stehen muss, ist darin nichts zu finden. Der Bürger möchte aber wissen, wenigstens in grossen Zügen und dem Sinne nach, in welcher Weise man sich verstärkte Aktivitäten des Bundes auf diesem Gebiet vorstellen soll und welche Kriterien dabei zur Anwendung kommen sollen. Auf Lobby und Prestigebegehren möchte er sich lieber nicht einlassen. Dass die Kulturinitiative Gegner hat, ist nicht verwunderlich. Dass sie es den Befürwortern einer Kulturförderung auf Bundesebene nicht leicht macht, ja eigentlich verunmöglicht, sich hinter das sich abzeichnende Konzept zu stellen, ist politisch unklug und von der Sache her höchst bedauerlich. Wenn das Ziel zunächst einfach war, die Diskussion anzuregen und neu zu beleben, überhaupt erst einmal eine Auseinandersetzung über Stand und Möglichkeiten eidgenössischer Kulturförderung in Gang zu bringen, war der Stein des Anstosses, eben das «Kulturprozent», vielleicht doch nicht ganz falsch. Merkwürdig aber bleibt, dass im Initiativtext so hausbackene Forderungen stehen, wie man sie eigentlich von Kulturschaffenden nicht erwartet hätte.

Die Vernehmlassung ist in der Regel jenes Verfahren, das eine zündende Idee einebnen und sie zurückholt in die Gefilde des hierzulande Üblichen. Hier, bei der Kulturinitiative, muss man dringend hoffen, die Vernehmlassung zeitige erst noch die Ideen und die Vorstellungen, die einer

sinnvollen Kulturförderung auf Bundesebene Konturen geben. Das Departement könnte gestützt darauf seinen Gegenvorschlag entwerfen.

Anton Krättli

Postscriptum: «Kultur-Forum»

Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe der «Monatshefte» ist in Zürich die erste Nummer der Zeitschrift «Kultur-Forum» erschienen, ein auf privater Basis unternommener Versuch, durch Information «das Dickicht der Kulturförderung etwas zu lichten». Neben

den Thesen zur städtischen Kulturpolitik, wie sie von den Sachbearbeitern der zehn grössten Schweizer Städte 1982 verabschiedet worden sind, enthält das Heft Beiträge, die darauf abzielen, neue Durchblicke zu geben, Zusammenhänge und Entwicklungen aufzuzeigen. Besonders begrüssenswert: der Vorabdruck aus dem in Vorbereitung begriffenen «Handbuch der öffentlichen und privaten Kulturförderung der Schweiz», das vom Bundesamt für Kulturpflege herausgegeben wird. Die Einleitung zu diesem Werk verfasste *Christoph Reichenau*, einer der drei Herausgeber von «Kultur-Forum».

Für Hygiene und Sauberkeit...

SUNLIGHT

Qualitätsprodukte aus Olten.

OMO · ALL · CORALL
 VIA · RADION · COMFORT
 SOLO · SUN
 VIM · VIF · FLUP · SANITOS
 LUX-Seife · SUNLIGHT-Seife